

haben als die Bundesanstalt für Straßenwesen.

Das wiederum ließe sich damit erklären, daß der TÜV hauptsächlich bei schlechtem Wetter im Winter oder im Hochsommer, als die Autobahnen voll waren, gemessen hat. Dann wäre das Ergebnis alles andere als repräsentativ.

Sogar Fachleute aus Dollingers Zuständigkeitsbereich rätseln bislang noch, wie eigentlich die Kollegen vom TÜV zu ihren Zahlen gekommen sind. Die Experten von Dollingers Bundesanstalt für Straßenwesen wurden jedenfalls bislang nicht zu Rate gezogen. Sie wissen nur, was in den Zeitungen stand.

Auch Karl Becker, im Umweltbundesamt verantwortlich für die erste Abgasstudie, hatte bislang keine Gelegenheit zur Diskussion mit den TÜV-Kollegen. Obwohl Becker am Montag und Dienstag der vorigen Woche ins Innenministerium beordert worden war, wurde er von Zimmermanns Helfern weder zu Gesprächen mit den TÜV-Leuten noch zur Pressekonferenz geladen.

Unabhängig vom Großversuch spielte die Bundesregierung das Einsparpotential an Schadstoffen zusätzlich herunter. Eine Senkung der Geschwindigkeit auf Bundes- und Landstraßen auf 80 Stundenkilometer, was laut Umweltbundesamt dem Wald mindestens 40 000 Tonnen Stickoxid pro Jahr ersparen würde, hat der TÜV nicht untersucht, die Bundesregierung redet nicht mehr darüber.

Sie nutzt vielmehr die Gelegenheit, in einem Aufwasch alle Verkehrssicherheitsargumente für ein Tempolimit beiseite zu räumen.

Zufrieden rechnete Dollinger vor, zwischen 1982 und 1984 sei die Zahl der Todesfälle um 20 Prozent zurückgegangen. Die Autobahnen seien die sichersten Straßen der Bundesrepublik. Tempo 100 würde eine Wende zum Schlechten bedeuten, denn dann wichen viele Autofahrer auf die unsicheren Bundesstraßen aus. Das bedeute 1,6 Milliarden Kfz-Kilometer zusätzlich und Sorge für mehr Unfälle.

Diese Einschätzung ist umstritten. Auf dem Autobahnring Köln gilt zum Beispiel seit Dezember 1984 Tempo 100. Seither sind im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum die Unfälle mit Verletzten um 37 Prozent zurückgegangen, die Zahl der tödlichen Unfälle um 84 Prozent.

Der negative Effekt des Ausweichens auf die überfüllten Landstraßen ließe sich überdies leicht vermeiden, wenn dort Tempo 80 eingeführt würde. Dann wären die sicheren Autobahnen durchaus attraktiver.

Zimmermann und Dollinger lassen darüber nicht mit sich reden. Sie setzen ausschließlich auf das „schadstoffarme Auto“ gemäß den EG-Beschlüssen. Der Umweltminister prahlte im Fernsehen, schon jetzt seien über 500 000 Umwelt-Autos zugelassen. Das erbringe schon

eine Ersparnis von 50 000 Tonnen Stickoxid, also weit mehr, als der TÜV für Tempo 100 ermittelt habe.

Genau waren es am 1. November sogar 513 501 Autos. Doch für Zimmermanns Argumentation gibt diese Zahl nicht viel her. 344 880 davon sind nämlich Diesel, die den schwachen EG-Grenzwerten ohne zusätzliche Abgasminderung genügen. Das sind nur zu einem geringen Teil Neuzulassungen, die meisten Diesel sind auch vor Erlaß der EG-Norm schon schadstoffarm herumgefahren. Auch ein Teil der 168 621 umweltfreundlicheren Pkw mit Otto-Motor war schon vor Erlaß der Norm in Betrieb. Der verringerte Giftausstoß existiert also zum Teil nur auf dem Papier.

Gern verweist der Umweltminister auch auf den dynamischen Zuwachs umweltfreundlicher Autos an den Neuzulas-

HONECKER-BESUCH

Aus dem Kessel

Bei seinem Bonn-Besuch wird der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker, so hofft Bundeskanzler Kohl, Reiseerleichterungen zusagen.

Der Saarbrücker Regierungschef Oskar Lafontaine ließ in heimischen Archiven kramen, bevor er dem SED-Chef seine Aufwartung machte. Als der Sozialdemokrat dann vorletzte Woche in Ost-Berlin einen Stapel alter Flugblätter und Kundgebungsberichte auspackte, geriet der gebürtige Saarländer Erich Honecker ins Schwärmen über alte Kampfzeiten.



Besucher Lafontaine, Honecker (in Ost-Berlin): Schwärmen über alte Kampfzeiten

sungen. Im Oktober lag die Quote bei beachtlichen 26,6 Prozent. Doch auch hier führen die vielen Diesel zu der schönen Erfolgsquote. Angemeldet wurden 49 406 Diesel-Pkw und nur 11 095 Autos mit schadstoffreduziertem Otto-Motor. Im nächsten Jahr, so hat die Automobilindustrie versprochen, seien 50 Prozent der Neuwagen umweltfreundlicher, 1987 seien es 75 Prozent. Bleibt es bei dem Übergewicht von Dieseln, dann hat der Umweltminister bald ein neues Problem.

Für den Wald mag der Diesel vielleicht nicht so schädlich sein wie der Benziner; um so gefährlicher ist er für den Menschen. Die Rußteilchen, die diese Motoren verlassen, sind krebserzeugend. Scharfe Grenzwerte für die Rückhaltung dieser Gifte gibt es bislang nicht.

Auch dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt erzählte Honecker, bei einem Treffen im September in Ost-Berlin, bereitwillig über seine Jugendzeit. Elfeinhalb Jahre hatte sich Brandt nicht überwinden können, den Einheitssozialisten zu besuchen, der ihm den Spion Günter Guillaume in die Bonner Regierungszentrale gepflanzt hatte. Nun ist der Ex-Kanzler, 71, ganz angetan vom DDR-Staatsratsvorsitzenden, 73. Brandt: „Das ist der letzte Gesamtdeutsche. Die nachkommen, sind DDR-Deutsche.“

Der Neunkirchener Bergmannssohn Honecker nutzt in jüngster Zeit Gespräche mit westlichen Politikern gern zu Ausflügen in seine deutsche Vergangenheit. Er berichtet über Wiebelskirchen, das Dorf bei Neunkirchen, wo er

1922 in den kommunistischen „Jung-Spartakus-Bund“ eintrat.

Der gelernte Dachdecker, KPD-Mitglied seit 1929, organisierte nach 1933 die illegale Arbeit des Kommunistischen Jugendverbands Deutschland (KJVD) im Ruhrgebiet, in Baden, Württemberg und Berlin. Dort faßte ihn 1935 die Gestapo, bis 1945 saß er im Zuchthaus Brandenburg-Görden.

Honecker habe sich, berichtete Brandt im kleinen Kreis, sehr gefreut über das Gastgeschenk, einen Kupferstich aus dem Jahre 1850. Der SED-Chef erkannte das Motiv sofort: „Das ist ja Neunkirchen.“ Dann tauschten die beiden Deutschen, der eine damals bei der „Sozialistischen Arbeiterpartei“, der andere in der KPD, ihre Erfahrungen aus dem Untergrundkampf gegen die Nazis aus.

Und mit Karl-Heinz Klär, Leiter des Brandt-Büros und ebenfalls Saarländer, plauderte Honecker gleich im Heimatdialekt: „Ei, wo komme Sie denn her?“ „Aus Bildstock“, antwortete Klär; „aus Bildstock“, wiederholte Honecker gerührt. Das sei nur fünf Kilometer von Wiebelskirchen entfernt.

Auch dem bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß erzählte der Einheitssozialist, bei der jüngsten Begegnung am Rande der Leipziger Herbstmesse, über Vergangenes. Noch heute sei er der katholischen Kirche dankbar. Sie habe seine Familie, wegen des linkssozialistischen Engagements des Vaters in Not, nach dem Ersten Weltkrieg durchgefüttert. Eine seiner Schwestern sei von katholischen Nonnen aufopferungsvoll gepflegt worden.

Mit Lafontaine diskutierte Honecker lange über die Saarabstimmung vom 13. Januar 1935, die den Anschluß der Region an das Dritte Reich brachte. Die sozialdemokratisch-kommunistische Volksfront, eines der wenigen Linksbündnisse gegen Hitler, war gescheitert. Damals erlebte Honecker, Seite an Seite mit dem Kommunisten Herbert Wehner, den letzten Abschnitt seiner politischen Tätigkeit auf einem Territorium, das heute zur Bundesrepublik zählt.

Die Ost-Berliner Zeichen sind in Bonn wohl verstanden worden. Dem SED-Generalsekretär ist, so folgern Regierung und Opposition, an einem Besuch in der Bundesrepublik sehr gelegen, vor allem an einem Wiedersehen mit seiner Heimat. Doch Christenunion und Sozialdemokraten haben unterschiedliche Konzepte, wie diese Visite zu nutzen sei.

Die SPD würde gern deutsch-deutsche Gemeinsamkeit im Streben nach Abrüstung vorführen. Die Sozis versuchen aus der Opposition heraus, den Beziehungen zum Honecker-Regime eine neue Qualität zu geben: Im Juni vereinbarte eine Kommission der Bundestagsfraktion mit der SED einen Vertragsentwurf für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa – zumindest für beide deutschen Staaten und die ČSSR. Gespräche über eine atomwaffenfreie Zone sind angelau-



Besucher Brandt, Honecker (in Welmar): „Ei, wo komme Sie denn her?“

fen. Honecker lobte: „Das ist der richtige Weg, auf dem wir weitergehen müssen.“

Kanzler Helmut Kohl dagegen will das emotionale Interesse des DDR-Staatsratsvorsitzenden an einem Besuch der Bundesrepublik anders verwerten. Er verspricht sich Applaus von jenen Wählern, die der christliberalen Koalition vorwerfen, sie habe bisher zu wenig für die Entspannung getan und sich zu stark an die Politik des US-Präsidenten Ronald Reagan gekettet. Kohl über die mögliche Honecker-Visite: „Wir schreiten ja mit großen Schritten auf einen Wahlsieg zu. Da würde sich so etwas gut machen.“

Seinen Beratern gab Kohl eine hausgemachte Analyse: Der SED-Chef sei deswegen so auf die Tour nach Westen aus, weil er in die Geschichtsbücher nicht nur als Aufseher von – so zählte das Kanzleramt – rund 4500 politischen Gefangenen eingehen wolle. Der Atheist aus Ost-Berlin habe zum Beispiel auch vor, der katholischen Kirche im Saarland für die Wohltaten an seiner Familie herzlich zu danken.

Die nostalgisch-milde Stimmung, meint der Kanzler, könne westdeutschen Wünschen nach menschlichen Erleichterungen nur förderlich sein. Kohl: „Das, was ich für existentiell – ich sage das bewußt – halte, ist, den normalen Besucheraustausch auszudehnen.“

Intern feierte der Kanzler schon vorab „den großartigen Erfolg“, wenn künftig nicht nur „Pensionisten“, sondern auch Frauen, die 55 Jahre oder jünger sind, in die Bundesrepublik reisen könnten. Der Kanzler: „Es käme mehr Druck aus dem Kessel.“

Frauen, erläuterte Kohl seinen Mitarbeitern die einfache Rechnung, seien

bessere Kommunikatoren. Männer interessierten sich vor allem für Kneipen, Autos, Fußball und „Dallas“. Touristinnen aus der DDR aber gingen in die Läden, fragten nach Preisen für Waschmaschinen oder Anzüge, redeten mit den Leuten und kehrten dann wieder nach Ost-Deutschland zurück.

Eine solche Regelung, so der Kanzler bei internen Lagebesprechungen, lasse er sich „etwas kosten“. Nach dem Motto „D-Mark gegen Menschlichkeit“ sei er zu Wirtschaftshilfen, zu Lieferungen umweltschonender Technik an DDR-Fabriken und zu Geldspenden für die Elektrifizierung von Eisenbahntrassen zwischen den beiden deutschen Staaten bereit.

Zentrale DDR-Forderungen, wie sie Honecker 1980 in seiner Geraer Rede aufgestellt hat, bleiben tabu: eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, der Austausch von Botschaftern, die Regelung der umstrittenen Elbgränze (siehe Seite 16), die Auflösung der Salzgitter-Zentrale zur Erfassung von Straftaten in der DDR.

Im Gespräch mit westdeutschen Besuchern amüsierte sich Honecker jüngst über Kohls verengte Perspektiven. Der Kanzler glaube offenbar, die DDR-Führung mache ihren Handlungsspielraum allein vom Moskauer Wohlwollen abhängig. Selbstverständlich, so der SED-Chef, sei er nicht „blauäugig“, sondern plane seine Besuche nach der Weltlage. Honecker: „Aber wenn irgendwer glaubt, ich muß irgend jemanden fragen, wann ich wohin fahre, über den kann ich nur lachen.“

Diese Ost-Berliner Selbständigkeit im Umgang mit dem Klassenfeind gleicher Nation löst in Moskau gelegentlich Irritationen aus. Nach dem Gespräch mit Honecker wurde Brandt vom sowje-

Was Humperdinck heutzutage komponiert.



Ende des vorigen Jahrhunderts war der Grüneburgweg 95 in Frankfurt eine der besten Adressen für den Ohrenschmaus: Engelbert Humperdinck komponierte dort seine Oper „Die Königs-kinder“. Humperdincks moderne Kompositionen heißen ganz anders: „Wachtel-terrine in Tomaten-Colin“ oder „Glattbutt mit Fenchel in Krebsauce“. Heute komponiert Humperdinck Gaumenfreuden. Denn Humperdinck ist mittlerweile eines der besten und schönsten deutschen Restaurants. Kein Wunder, daß es dafür eine hohe Auszeichnung gibt: Vier Koch-löffel im Aral Schlemmer-Atlas 1986. Damit gehört das Restaurant Humper-dinck zu den besten von 2.000 empfe-hlenswerten Adressen für Feinschmecker. Küche, Service und Atmosphäre all die-ser Restaurants werden im Schlemmer-Atlas ausführlich in Wort und Bild beschrieben. Darüber hinaus finden Sie dort genaue Wegbeschreibungen mit Stadtplänen.

Der Aral Schlemmer-Atlas 1986 kostet 39,80 DM. Sie bekommen ihn an Aral-Tankstellen, in Buchhandlungen und den Buchabteilungen der Kaufhäuser.

ARAL **Aral**
Schlemmer
A t l a s

tischen Botschafter in Ost-Berlin, Wja-tscheslaw Kotschemassow, gefragt: Ob denn die Geraer Forderungen der DDR zur Sprache gekommen seien? Brandt verwirrte den Sowjetmenschen mit einer klaren Antwort: „Nein.“

Wenig später kam der neue US-Bot-schafter in Bonn, Richard Burt, zum Antrittsbesuch bei Brandt ins Erich-Ol-lenhauer-Haus. Der Amerikaner berich-tete, sein US-Kollege Francis J. Meehan in Ost-Berlin sei von Kotschemassow gefragt worden, ob er denn wisse, was Honecker und Brandt miteinander ge-kungelt hätten.

Wann die Weltlage nach dem Genfer Gipfel dem SED-Chef eine West-Reise gestattet, ist in Bonn noch immer Gegen-stand heftiger Spekulationen. Nähere Einzelheiten werden von SED-Politbü-romitglied Werner Felfe erwartet, der am Mittwoch Kanzleramtsminister Wolf-gang Schäuble besucht. Ewald Moldt, der DDR-Vertreter in der Bundeshaupt-stadt, hat schon vor einigen Wochen bei Bundespräsident Richard von Weizsä-ker und Schäuble die Zusage eingeholt, daß Honecker sowohl in der Villa Ham-merschmidt als auch in Kohls Amt emp-fangen wird – zum Arbeitsbesuch.

Dabei soll es bleiben. Honeckers Rei-se nach Bonn soll auf keinen Fall ausse-hen wie ein offizieller Staatsbesuch – das brächte den Kanzler in Schwierigkeiten. Kohl nämlich möchte noch vor den Bundestagswahlen in die DDR, vor allem nach Dresden und Leipzig, fahren. Eine Gegeneinladung Honeckers würde er daher annehmen; eine förmliche Staats-visite in Ost-Berlin aber müßte er, wegen des Viermächte-Status der geteilten Stadt, ausschlagen.

Deswegen wird Arbeitsbesucher Ho-necker ein schmuckloses Bonn vorfin-den. Ein Kohl-Vertrauter: „Ohne Hym-nen, ohne Fahnen.“

BUNDESWEHR

Noch Luft

Weil der Wehrdienst verlängert wer-den soll, wollen Kanzler Kohl und Verteidigungsminister Wörner die Schulzeit für Abiturienten verkürzen.

Bundeskanzler Helmut Kohl erörter-te mit einem alten Kameraden die Lage an der Schulfront. Die Verlänge-rung des Wehrdienstes von 15 auf 18 Monate, machte der Regierungschef dem Mainzer Kultusminister Georg Göl-ter (CDU) klar, dürfte keine „Hängepar-tie“ werden. Der Kabinettsbeschluß, der Gesetz werden soll, müsse „offensiv“ vertreten werden. Dabei brauche er aber die Rückendeckung der CDU-regierten Länder.

Der Kanzler ist in Not. Ohne eine Verkürzung der Schulzeit an höheren Lehranstalten wird der nahtlose Über-gang von der Bundeswehr zum Studium

nicht zu schaffen sein. Dieses Vorhaben aber wollen die Sozialdemokraten blok-kieren.

Der „Bildungsanspruch“, so hat die SPD in einem Positionspapier festgelegt, dürfe nicht „vermeintlichen Sicherheits-interessen geopfert“ werden. Hessens Kultusminister Karl Schneider: „Wir sind nicht bereit, Dekrete von der Hardt-höhe umzusetzen.“

Unter den Kultusministern droht ein Schulkampf, der womöglich so erbittert geführt werden wird wie in den siebziger Jahren der Streit um die Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse oder später die Auseinandersetzung um einen ge-meinsamen Erlaß zur Friedenserziehung im Unterricht.

Diesmal geht es darum, ob die Schu-len, der Bundeswehr-Planung zuliebe,



Bundeswehr-Freund Gölter
Rückendeckung für den Kanzler

das Schlußsemester der gymnasialen Oberstufe verkürzen und das Abitur nach vorn verlegen sollen.

Bislang wird die Reifeprüfung von rund 300 000 Abiturienten im Mai abge-legt, die Wehrpflichtigen müssen im Juli in die Kaserne einrücken. Nach 15 Mo-naten Grundwehrdienst können sie sich zum Wintersemester an den Universitä-ten einschreiben.

Von Juli 1989 an soll 18 Monate lang gedient werden. Der Wehrdienst endet dann erst zum Jahresschluß. Weil das Studienjahr für etliche Disziplinen, vor allem in den technischen und naturwis-senschaftlichen Fächern, durchweg zum Wintersemester beginnt, könnten stu-dierwillige Soldaten erst nach einer War-tezeit von einem Dreivierteljahr mit dem Studium beginnen.

Deshalb ist Verteidigungsminister Manfred Wörner, der bei seiner Wehr-dienstreform offenbar das Schulproblem vergessen hat, seit Wochen als Bittsteller unterwegs.

Eindringlich appellierte Wörner an die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die